

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Mittelschulbuchhandlung
Göttingen-Görlitz.
Veröffentlichungen
gegen Frankreich
Gemeinnützige Verlage
nach der Schweiz folgen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

N. 10.

Donnerstag, 1. März.

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Kouvert)
Fr. 1. 70 für Österreich (Kouvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate

Die dreizehnpennige Weltzeitung
25 Cts. — 30 Flg.

1883.

Wiss in die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich vertrieben ist, besorgt die Redaktion, dass die Briefe von dort an und aus der Zeitung, und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die Anfertigung der Briefe notwendig und die Briefe müssen mit dem Namen des Absenders und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu versehen, und letztere dadurch zu sichern. Hauptbedingung ist ferner, dass unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schreiben, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Kasse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, dass auch und möglichst unerschöpfliche Postanstalten mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich jedoch, die Briefe mit der Sicherheit Bekanntheit, Sozial an und liegt, werden wir gemäß unserer Nähe nach Rollen führen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienoffen!

Gejuchend auf die seitherigen Bekanntmachungen, die
Allgemeine Parteiberathung

betreffend, erlauben wir Euch nochmals, die nöthigen Vorkehrungen baldigst treffen zu wollen.

Vor Allem ist nöthig, die Namen der für die Parteiberathung bestimmten Vertrauensmänner schleunigst aus auf den Euch bekannten Wegen mitzuthun, damit wir denselben zur rechten Zeit nähere Weisung zukommen lassen können.

Eine deutlich geschriebene sichere Adresse, an wen die die betreffende Weisung gelangen soll, ist beizufügen.

Zürich, 1. März 1883.

Die Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Das Märchen vom „sozialen Königthum“.

In der berühmten Berliner Arbeiterversammlung vom 8. Januar dieses Jahres suchte Herr Stöcker u. A. auch den Hinweis auf die Großartigkeit des „sozialen Königthums“ der Hohenzollern als Trumpf auszuspielen. Allerdings, wie aus dem Bericht ersichtlich, mit vollständigem Mißerfolg; die politisch erfahrenen Berliner Arbeiter lachten den Reichthümer des alten Wilhelm derart aus, daß der sonst so gewandte Demagog vollständig außer Fassung gerieth. Es heißt in dem Bericht:

Stöcker: „Den Arbeitern kann nur geholfen werden, wenn sie wieder zur Religion zurückkehren und Königthum üben. (Rufe: Das ist nicht wahr.) In welchem Theile der Welt ist den Arbeitern jemals mehr geboten worden als in der bekannten kaiserlichen Votivschale. (Oho! Lärm.) Ein Parteiführer kann den Arbeitern wohl mehr versprechen, aber nicht durchführen. Ganz etwas Anderes ist es aber, wenn ein König den Arbeitern zu helfen verspricht, dann sind alle königlich gesinnten Leute für diese Hilfe. (Großer Lärm.) Warum verschmähen Sie denn die Hilfe des Königs? Sie werden doch nicht etwa glauben, daß durch Revolution etwas zu erreichen sei. (Großer Lärm.)“

Das gleiche Lied, wie es hier Stöcker vergebens anstimmte, ist zu unzähligen Malen in der ganz- und halboffiziösen deutschen Presse angestimmt worden. Nicht bloß alt-, neu-, frei-, deutsch-, sozial- und der Teufel weiß, was noch für konservative Blätter, sondern auch sogenannte „liberale“ Organe, wie z. B. die „Konstanzer Zeitung“, die „Nürnberger Presse“ u. s. w. veränderten begeistert die Mär vom sozialen Königthum der Hohenzollern, priesen die kaiserliche Votivschale vom Jahre 1881 als das Evangelium einer neuen sozialen Ära.

Wie Recht aber die Berliner Arbeiter mit ihrem Hohngelächter hatten, wie sehr das „soziale Königthum“ mit Allem, was drum und dran hängt, nur eitel Humpung ist, das hat sich jetzt in evidentester Weise im preussischen Landtag offenbart, und zwar bei der Diskussion der famosen Steuerreform. Da hat es sich gezeigt, wie alle königlich Gesinnten folgen, wenn ein König den Arbeitern Hilfe verspricht. Umgekehrt wurde ein Schuß daraus. Die königlich Gesinnten sagten: Geld geben ist nicht, und der König leistete ihnen in der Gestalt seines Finanzministers Heersfolge und erklärte: Ja, was zu viel ist, ist zu viel; die höheren Einkommen mit einer progressiven Einkommensteuer zu belegen, das ist ja der helle — Kommunismus. Sie sind außerordentlich lehrreich, die Debatten vom 21. und 22. Februar im Hause der Abgeordneten zu Berlin, in denen es sich um die berühmte Abschaffung des Steuerregulators handelte.

Als Ausgleich gegen die die untersten Klassen unverhältnißmäßig belastenden indirekten Steuern sollten jetzt die vier untersten Steuerklassen von direkten Steuern ganz befreit, die oberen dagegen härter herangezogen werden. Was geschah indes? Die „Königstreue“ Kommission des Abgeordnetenhauses beantragte, vorläufig nur die zwei untersten Steuerstufen (bis 900 Mk. Einkommen) gänzlich, die andern beiden aber nur theilweise zu entlasten und empfahl betreffs der zukünftigen Regelung der Klassen- und Einkommensteuer eine Resolution, in welcher die progressive Einkommensteuer stillschweigend eskamotirt wird.

Dieser Resolution war die Zustimmung des Hauses und der Regierung von vornherein gesichert, deshalb erhoben sich gegen sie mit juristischem Geschrei der konservative Sozialdemagoge o. Hammerstein und der Plamist des sozialen Königthums, Herr Adolph Wagner, Mit Ersterem, dessen Komödienthümchen zu durchsichtig war, als daß auch nur eine Seele darauf hineingefallen wäre, haben wir uns hier nicht zu befassen; um so mehr interessiert uns Herr Wagner, der Erfinder des famosen Patri- moniums der Ennetien.

Ob Herr Wagner ein Reptil ist, darüber gehen die Meinungen auseinander, sicher aber ist, daß er ein Bruchexemplar von Amphibium ist. Die Doppeltüchtigkeit ist diesem Menschen zur zweiten Natur geworden, eine natürliche Folge der ihm als deutsche Professor eigenhümlichen Feigheit. Herr Wagner möchte sich gern auf die Massen und die Regierung stützen,

aber — o wehe! — in dem Augenblick, wo er seine auf die Massen berechnete Rede vom Stapel ließ, wo er nach alter Gewohnheit das soziale Königthum aufsticht, wurde ihm mit bürren Worten ausinangergelacht, daß im Landtag, wo die Herren „unter sich“ sind, derartige „Phantasien“ keinen Zweck haben; vergebens richtete Herr Wagner, da ihm die Massen, auf die er sich hätte berufen können, fehlten, seine Blicke hilflos nach der Regierung seines Herrn und Meisters. Derselbe überließ ihn lächelnd seinem Schicksal, den Herren Windthorst, Rickert und Hänel, die ihn voll Wuth zerzausten, und verabschiedete ihn Tags darauf zum Dank für seinen Eifer den landesüblichen Fuhrtritt.

Herr Wagner hatte sich auf die „herrliche deutsche kaiserliche Votivschale“ gestützt, in der „in prächtigen Lapidarstil“ anerkannt sei, daß „die arbeitenden Klassen Anspruch auf die Hilfe des Staates haben“, daß der Staat nicht nur eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Anstalt“ sei. Was erhält er darauf zur Antwort? Windthorst erwidert ihm und zwar mit vollem Recht: „Was in der kaiserlichen Votivschale steht, das unterschreibe ich wörtlich, aber führt sie denn zu irgend welchen klaren Resultaten? (Abgeordneter Wagner: O, ja!) Also Herr Wagner ist der Meinung, daß man mit allgemeinen Sätzen konkrete Fragen entscheiden kann. (Sehr gut!) Ich sage ihm, ein Manchestermann kann die kaiserliche Votivschale unterschreiben, ohne etwas von seinen Grundfragen aufgeben zu müssen.“

Und Rickert, der bisherige Manchestermann, erklärt auch richtig: „Wir sind gleichfalls für die kaiserliche Votivschale, es kommt nur darauf an, wie man sie versteht.“

Die Regierung aber sitzt dabei und — schweigt. Ja, Tags darauf heißt es in den offiziellen „Berliner politischen Nachrichten“, die im Verlage der „Norddeutschen Allgemeinen“ erscheinen:

„Noch deutlicher trat am heutigen Tage jene maglose, unklare, bis an die Grenze kommunistischer Anschauung abirrende Grundtendenz der spezifisch Berliner Gruppe in der konservativen Fraktion in den Reden Prof. Adolph Wagners hervor. Wird hier nicht bald eine mächtigende Kraft bemerkbar, so dürften der konservativen Fraktion üble Erfahrungen nicht erspart werden.“

Kann man deutlicher reden? Schwerlich. Man lese nur nach, wofür Herr Wagner eigentlich eingetreten war. Er hatte seinem Schmerz über die Abkündigung des Tabakmonopols Ausdruck gegeben, sowie der Resolution Hammerstein das Wort gegeben, nach welcher „bis auf Weiteres“ auf die großen und größten Einkommen ein Zuschlag von 15—25 Prozent zur bisherigen Steuer erhoben werden sollte, d. h. im Maximum eine Erhöhung der Steuer von 3 auf 3 $\frac{3}{4}$ Prozent — auf die Einkommen.

Und dieser lächerlich unbedeutende Aufschlag, der lange noch nicht an das heranreicht, was in anderen Ländern die Besitzenden schon längst zahlen müssen, wird als „maglos“, als „kommunistisch“ bezeichnet! Wo bleibt da die Bereitwilligkeit der „Königstreuen“ Leute? Und Königstreue sind sie ja Alle, Alle im preussischen Landtag. Von Kleist-Rehbow, dem Hochkonservativen, bis zu Herrn Joseph Stern, dem bürgerlichen Demokraten.

Nun ist doch soviel klar, daß wenn irgendwie dem arbeitenden Volke ernsthaft geholfen werden soll, dazu Mittel gehören, und daß diese Mittel daher genommen werden müssen, wo Ueberfluß, und nicht daher, wo Mangel ist. Diese Mittel müssen vom Parlament, Land- oder Reichstag, bewilligt werden, in den Parlamenten aber ist, Dank den polizeistaatlichen Gesetzen und Einrichtungen, fast ausschließlich die besitzende Klasse vertreten und sperrt sich gegen jede Zumuthung an ihren Geldbeutel, gegen jede Beeinträchtigung ihrer Ausbeuterrechte. Gegen die besitzende Klasse kann die heutige Regierung nichts anrichten, weil sie auf dieselbe angewiesen ist. Sie ist nichts anderes als die Verwalterin der Interessen derselben. Das Königthum ist mit der Bourgeoisie groß geworden, hat mit ihrer Hilfe die Macht des Adels gebrochen, ehe es diesen in seinen Spezialdienst nahm, um nicht von der Bourgeoisie allzu abhängig zu werden. Aber allmählich ist der Adel selbst verbourgeoisirt, so daß er trotz gewisser Interesselämpfe an demselben Stränge mit seiner einstigen Gegnerin zieht. So ging er, bevor ihn die amerikanische Konkurrenz auf den Pelz brannte, mit der freihändlerischen Konkurrenz, und heute mit der schutzöllnerischen Bourgeoisie. Und wo die Arbeiterklasse energisch Mienen macht, ihre Interessen zur Geltung zu bringen, da bildet er mit der Bourgeoisie die Partei der „Ordnung“, die staats erhaltende Partei. Und nicht aus Liebe zu einem abstrakten Staatsbegriff sind sie „staats erhaltend“, sondern weil der Staat, der heutige Staat, ihr Handlanger ist.

Das sehen aber die Wagner und Konsorten nicht ein, oder vielmehr sie wollen es nicht einsehen. Sie wollen es nicht begreifen, daß noch keine herrschende Klasse gutwillig die Mittel zu ihrer Befriedigung freigegeben hat, daß jede Stärkung des heutigen Staates nur die Stärkung der herrschenden Klassen, der Besitzenden, ist, sie wollen nicht begreifen, daß die Lehre von

dem Königthum, das über den Parteien steht, nur zutrifft, so lange es sich um die Parteien unter den Besitzenden handelt, daß sobald diese aber zusammenstehen, dasselbe nicht über sondern unter ihnen steht, und ruhig zusehen muß, wie sie erklären: „Die kaiserliche Votivschale ist eine leere Redensart, bei der wir uns denken können, was wir wollen.“

Niemand kann zweien Herren dienen, heißt es in der Bibel. Das ist richtig. Niemand kann gleichzeitig die Interessen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten vertreten. Ein soziales Königthum, dessen Gesetze und Einrichtungen sammt und sonders im Interesse der herrschenden Klassen getroffen sind, ist ein Unding. Ein wirklich soziales Königthum müßte seinen ganzen Einfluß aufwenden, der Arbeiterklasse zur politischen Macht zu verhelfen, um sich auf sie stützen zu können. In Preußen-Deutschland ist das Gegentheil der Fall. Die Regierung strebt darnach, die Arbeiter noch einflussloser zu machen als sie heute schon sind. Die famose Krankenversicherung, die Verstaatlichungsprojekte, kurz alle sogenannten staatssozialistischen Maßregeln laufen darauf hinaus. Damit ist das „soziale Königthum“ gerichtet: es ist nicht bloß eine Unwahrheit, es ist eine bewußte Lüge. Das beweist das Verhalten der Regierung am 21. Februar.

Die Arbeiter aber werden die Konsequenzen aus dieser Bankrotterklärung ziehen. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß sie für ihre wirkliche Befreiung nur auf sich selbst zu rechnen haben, werden sie unablässig darauf bedacht sein, sich die politische Macht zu erobern. So lange die besitzenden Klassen an der Herrschaft sind, werden alle Reformbestrebungen im günstigsten Falle nur Stückwerk herbeiführen, ganze Arbeit kann nur dann vollbracht werden, wenn die Herrschaft der Besitzenden gebrochen ist. Diese Aufgabe zu erfüllen, ist aber die Monarchie und wenn sie sich tausendmal sozial nennt, nicht in der Lage, die wirkliche Befreiung des Proletariats kann und wird nur erreicht werden in der sozialistischen Republik.

Die loyale Bourgeoisie.

Die Loyalität unserer Bourgeoisie — heute ebenfalls in schönster Blüthe stehend — ist wie die Frömmigkeit derselben lediglich Henckelei; die Leimröhre, womit man die demokratischen Wellen des Volkes nach Freiheit und Gleichheit zu bändigen versucht.

Wo eine zum Klassenbewußtsein gekommene Bourgeoisie religiös freisinnig ist, wird sie immer politisch konservativ, d. h. monarchisch sein. Sie läßt, daß sie für die Autorität ihrer Herrschaft einer höheren Autorität bedarf. Daher die Erscheinung, daß in den politisch freiesten Ländern — Nordamerika, England, Schweiz, Belgien — die Bourgeoisie am frömmsten ist. Das Volk muß einen Fagel haben, an den man es legt: Monarchie oder Religion. Ist das Volk in der Selbstkenntnis vorgeschritten, droht es den Fagel zu zerreißen, dann legt man ihm beide an. So heute in Deutschland.

Die Bourgeoisie ist also loyal aus Berechnung, wie sie fromm aus Berechnung ist. Beide Eigenschaften treten in dem Maße stärker hervor, als die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft wachsen und eine Explosion droht. Ist das richtig, und die Richtigkeit dieser Anschauung kann Niemand bestreiten, dann ist in Deutschland die Spannung der Geister auf einen hohen Grad gestiegen, denn die Loyalitätsbezeugungen der Bourgeoisie, ihr Schreien nach Religion, Religion und wieder Religion, als Rettung aus den sozialen Uebeln, hat den höchsten Grad wohl erreicht. Ein Blick auf die Entwicklung dieses Zustandes in den letzten Jahrzehnten hat sein besonderes Interesse. Die religiöse Phase wurde schon erörtert, gehen wir kurz zu der Entwicklung der politischen über.

Sollen wir die deutsche Revolution von 1848 mit wenigen Worten charakterisieren, so müssen wir sagen: die Bewegung, bestimmt, die Herrschaft der Bourgeoisie zu begründen, trat insofern einen zweifelsächtigen Charakter, als das an Zahl weit überwiegende Kleinbürgerthum demokratisch-republikanisch, die Bourgeoisie liberal-monarchisch war. Die große französische Revolution stand der deutschen Bourgeoisie als memento mori vor den Augen, deshalb ward ihr Staatsideal England. Die Bourgeoisie an der Regierung, „ein gekrümmtes Walschwein“ als König auf dem Thron — um das bekannte Napoleonische Gleichniß zu gebrauchen — das war der Gipfel ihrer Wünsche.

Die Wünsche wurden nur theilweise erreicht. Das deutsche Parlament ging in die Brüche, aber der größte deutsche Staat bekam eine Verfassung mit einem Wahlsystem, das der Bourgeoisie für künftig den möglichen Einfluß sicherte.

Die Reaktionszeit und die fünfziger Jahre benutzte sie redlich zu ihrer materiellen Entwicklung, wozu ja Deutschland in seinem Kohlen- und Erzreichthum, sowie seiner rasch zunehmenden Bevölkerung, in weit höherem Grade als Frankreich die Mittel besaß. Sie wuchs sichtlich heran und ward kräftig, aber die politischen Schranken, die auch eine Menge sozialer aufrecht erhielten: Zunft- und Bannrechte, schwer erlangbares Staats- und Ortsbürgerrecht, eine veraltete Heimath- und Ehe-Gesetzgebung u. dergleichen, hinderten sie gewaltig an ihrer Entwicklung. Die Regimentschiff in Preußen, der italienische Krieg des Jahres 1859 und die Aufregung, die er im Gefolge hatte, gaben ihr das Signal, auf's Neue mit ihrem Programm hervorzutreten. Der deutsche Nationalverein ward gegründet, an dessen Spitze die Benningsen und Riquel, die Braun und Schulze-Dehlig, die Oetzer und Böck, die Hüder und Biedermann und tutti quanti traten. Die Reichsverfassung von 1849 ward, wenn auch vielfach nur widerwillig, denn sie galt Vielen als zu radikal, aber als einzig brauchbare Fahne aufgepflanzt. Aber in Preußen entwickelte sich in Folge der neuen Heeresorganisation der Konflikt mit der sehr überwiegend liberalen

jammer. Das Ministerium Bismarck hat die Gegenstände verschärft, und hier zeigte sich, bis zu welcher Feindseligkeit sich auch die Bourgeoisie verhalten kann, wenn man ihren dringendsten, notwendigsten Forderungen entgegentritt, ihre Interessen schädigt.

Obgleich man in der Kammer immer noch das Dekorum gegenüber der Krone wahrte, hatte sich allmählich ein furchtbarer Haß nicht nur gegen Bismarck, sondern auch gegen den Träger der Krone, den jetzigen Kaiser, ausgebildet. Hatte dieser doch alle Anträge und Beschlüsse der Kammer zurückgewiesen und wiederholt und in der entschiedensten Weise seine Zufriedenheit und Uebereinstimmung mit dem Ministerium Bismarck kundgegeben.

Man war außer sich, Schimpfworte, die stärksten Drohungen, ausgeföhren im vertrauten Kreise, zeigten das Maaß des Hasses an. Noch deutlicher that sich jener Born und Haß jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle kund, wo die Presse freier war und kleinparteilicher Partikularismus, der Haß gegen das geschnittene Preußen, dessen Appetit nach Land und Leuten man zu gut kannte, der Pressefreiheit ein weites Maaß gestattete. Was damals in Zeitungsartikeln, Broschüren und Karikaturen gegen den Träger der Krone und das Ministerium Bismarck gesehelt wurde, erscheint heute in Deutschland kaum glaublich. Eine halb so starke Sprache würde heute genügen, die schwersten Strafen des Kriminalstrafgesetzbuchs auf den Sünder herabzuziehen.

Sprach doch damals Herr Riquel, der jetzige Oberbürgermeister von Frankfurt und Mitglied des Herrenhauses, in einer Generalversammlung des Nationalvereins zu Leipzig gegen einen größeren Kreis der ihn umgebenden die Drohung aus: wenn man in Berlin nicht bald nachgibt, werde man die Arbeiter aufrufen, und dann sei es um die Köpfe der Herren in Berlin geschehen.*)

Der König, jetzige Kaiser, war selbst allmählich in Folge all' der Angriffe einer Aufregung verfallen, daß er Halluzinationen hatte und, auf das in der Nähe seines Palasts stehende Denkmal Friedrich's des Großen zeigend, seiner Umgebung zurief, ob sie denn nicht sehe, daß man dort das Schaffot aufbaue, auf dem er und seine Familie enden sollen.

Auch Fürst Bismarck hat noch vor einem Jahre im Reichstag es ausgesprochen, daß er damals, sich als pater familias (Familienvater) fühlend, sein kleines Vermögen in Sicherheit gebracht**) habe, weil er das Schicksal Strafford's besürchtete.

So sah es vor 1866 in Deutschland mit der Loyalität der Bourgeoisie aus. Von all' den Loyalitäts- und Ehrfurchtsbezeugungen, die sich heute bei dem geringsten Anlaß in der widersüßlichen Weise wiederholen, bei förmlichen Geburtstagen und Namensfesten, Heirathen, Geburten, Todesfällen, bei Reisen, Wandern, Paraden, Jagden u. s. w. keine Spur vorhanden. Man konnte lange suchen, bis man das Bild oder die Photographie eines „Landesvaters“ fand, es sei denn als Karrikatur.

Das Blättchen hat sich 1866 gewendet, und mit Recht. Die Niederwerfung und Aufschlingung Oesterreichs aus Deutschland, die Gründung des Norddeutschen Bundes, dessen Erweiterung auf die süddeutschen Staaten zum jetzigen deutschen Reich nur eine Frage der Zeit war, hatte den Wünschen der Bourgeoisie zwar eine nicht erwartete, aber darum nicht minder willkommenen Lösung gegeben. Es wurde der Pakt zwischen Regierung und Bourgeoisie geschlossen, die Regierung bekam plein pouvoir (volle Machtbefugnis) in allen politischen und militärischen Fragen, die Bourgeoisie die vollste Freiheit für die Ausübung ihrer Interessen. Die ganze Sozialgesetzgebung des deutschen Reiches trägt diesen Stempel auf der Stirn. Die Bourgeoisie hat sich gewaltig wohl dabei befunden und machte Fortschritte in ihrer Entwicklung wie nie zuvor.

Nur eines hörte sie: der versuchte Travailleur, der jetzt auftrat und die impertinente Frage stellte: Und wo bleibe ich? Von da an ihre steigende Sorge und Angst. Das systematische, stetige Wachstum der Sozialdemokratie bei jeder neuen Wahl lag ihr wie ein Alp auf der Brust, trieb ihr den Schreck in alle Glieder. Denn die Bourgeoisie ist von Natur feig; sie ist sich ihres Ursprungs und der Ursache ihrer sozialen Macht wohl bewußt und kennt ihre schwachen Seiten sehr gut. Jede Unruhe und Gefahr, die das Geschäft fñdet und die Kurse in's Wanken bringt, ist ihr ein Grauel.

War sie also schon geneigt, sich dem Königthum für die ihr geleisteten Dienste dankbar zu erweisen, so wurde jetzt zur Nothwendigkeit, dies in möglichst demonstrativer Weise zu thun, um die Kuymersamkeit der Massen gewaltsam nach jener Seite zu lenken und von der Sozialdemokratie abzuweichen.

So begann denn seit 1866, und in weit höherem Grade noch seit 1870, jener Konflikt der Loyalitätsbezeugungen, der sich in den verschiedensten Formen bei der geringsten Veranlassung, sich selbst übertreibend, überall zeigt.

Die mit dem Jahre 1871 sich einstellende Prosperitätsperiode mußte als das klar gewollte und selbst erzeugte Resultat kaiserlichen Wohlwollens für das Volk herhalten und wurde „infrigidirt“. Es begannen alle jene seitdem im Uebermaß erlebten Loyalitätsbezeugungen, die in dem Bewusstsein der „Heldengreis“, der „Selbstkaiser“, der das „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ gegründet, zunächst ihren schwächsten Ausdruck fanden, dann aber bei der Freier der Aufnahmestage, wie Gründung des deutschen Reiches und Sedan, bei den Geburtstagen, den Hochzeiten und Geburten, bei den Todesfällen, bei Badereisen, Wandern, Paraden, Jagden, dann Besuch von Ausstellungen u. s. w. ihre widersüßlichen Formen annahmen. Es regnete bei all' diesen Gelegenheiten Deputationen, Geschenke, feierliche Auszüge und Triumphzüge, servile Ansprachen, Hochrufe, Telegramme, Adressen, Widmungsgedichte, Loose bei den Hunderten von Hefesten, deren Wortlaut dann die lokale Presse dem Volke in extenso eifrig mittheilt, da es selbst von dem Genuß der vollen Schüsseln und Pfäfen ausgeschlossen ist.

Die Idolatrie (Götzenkult) mit dem Reichsoberhaupt übertrug sich auch auf die Familie. Jedes kleine Familienereigniß ward zu einem „Nationalereigniß“ aufgebauscht, „an dem das gesammte deutsche Volk von den Palästen bis zur Hütte den innigsten Antheil nimmt.“ Bilder und Photographien von den Hälptern bis hinab zum kleinsten Säugling — oft sich recht lächerlich annehmend — wurden in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet. Aber da diese Anbetung der Zentralfigur und ihrer Nebenpersonen die Planeten zweiter bis fünfter Größe im deutschen Reich leicht in Schatten stellen konnte, so sorgte die liberale Bourgeoisie dafür, daß auch diese nicht zu kurz kamen.

Seitdem wurde jeder „Landesvater“ und jedes „Duodez-Landesväterchen“ auf den noch übrig gebliebenen achtzehn deutschen Thronen, wenn nicht zu einem Gott, so doch zu einem Halbgott gestempelt. Alle, alle sind Hüter von Tugenden: Alle, Alle treue Ehegatten (Wer laßt da!) gute Familienväter, Anbände von Frömmigkeit, Gewies an Verstand und Weisheit. Alle arbeiten mühselig von früh bis spät und säuen Tag und Nacht darauf, wie sie ihrem Volk am besten Frieden, Wohlstand, Glückseligkeit bereiten können.

Die meisten dieser armen Fürken singen an zu begreifen, daß sie bei dieser guten Meinung einigermassen thun müßten, als sei sie begründet,

daß es nicht genüge, sich bloß für Soldaten, schöne Pferde, schöne Frauen, Ballet und Jagd zu interessieren, sondern auch für Kunst, Wissenschaft, gewerbliche Entwicklung u. s. w.

Man verteilte also Orden, Titel, Würden, hinwieder auch ein paar Stipendien, man unternimmt allernüchternst das Protektorat von allerlei Ausstellungen und besucht auch ab und zu dieselben, indem man, wie bei einer Parade, an den aufgestellten Gegenständen vorbeifährt. Leider sind die Gegenstände keine Soldaten, die man selbst bestreuen lassen kann. Das wäre bequemer. Schließlich nimmt man nach diesen Strapazen ein feines Dejeuner oder dergleichen, spricht ein paar anerkennende Phrasen, und die Bourgeoisie ist vor Wonne im siebenten Himmel. Sie thut wenigstens so. Die Presse stimmt ein Hofmann an über das „warme selbste Interesse Ihrer königlichen Majestät“ oder „königlichen Hoheit“, jede noch so unbedeutende Aeußerung wird als ganz besonderen Weisheitspruch verbreitet.

Ist das nicht widerlich? Sicher! Und den hohen Herren mag es manchmal selbst ekelhaft vorkommen, sich immer mit denselben nützigen Phrasen anreden, anhöhen, anfragen zu lassen und ebenso nützlich höhl und leer darauf zu antworten.

Aber dergleichen ist heute eine wichtige Regierungshandlung, das fñhlen Fürst und Bourgeoisie, und daher dieser ewige Eifer, diese Unermüdllichkeit, wenigstens alle vier Wochen einmal einen größeren Pomp in Szene zu setzen. Man muß sich in unserer schnelllebigen Zeit dem Volk immer wieder ins Gedächtniß rufen, damit es sieht, daß sein Landesvater noch vorhanden ist und sich für es „aufopfert“.

Wir leben nicht bloß in einer raschlebigen, leicht vergessenen, sondern auch in einer rebellisch machenden Zeit. Die Bourgeoisie mag schweigen, nach Titel, Orden, Adelsdiplomen jagen — die Baronisirungen von Jhg's und Hirsch's mehren sich in einer fast unanständigen Weise und diskreditiren den armen alten Adel auf's ärgste, Geheimne Kommerzien- und Kommissionsräthe, Menschen mit gefülltem Beutel, aber meist hohlem Kopf und dem sanftesten Charakter, sind zahlreich wie die Hunde auf der Straße — das arbeitende Volk darbt, darbt täglich mehr. Progressiv wie das Wachstum des Reichthums auf der einen Seite, ist das Wachstum von Armuth auf der anderen. Und der soziale Magen knurr, wenn er Hunger hat, und hungrige Mägen gibt's bald in allen Schichten. Nicht bloß in der Arbeiterklasse, bei unseren Gewerbetreibenden, Beamten, Schichtern, in den Kreisen der Intelligenz. Wir haben nicht bloß Ueberproduktion an Waaren, „Ueberproduktion“ an Arbeiterhänden, an Handwerkern, Händlern, Kleinbauern, wir haben auch Ueberproduktion an „Intelligenz“. Die deutsche Jugend, welche die sogenannten höheren Berufe sich erwählt, weiß nicht mehr, wo ankommen, so überseht sind alle Fñßer und Zweige. Die Rebellion dringt bis in die höheren bürgerlichen Familien, in die Bureaokratie. Alle rufen nach Hilfe und wissen nicht woher und wie. Die lächerlichsten und wirkungslosten Vorschläge jagen sich.

Man gut, das ist die rechte Atmosphäre, wo die Sucht nach Erneuerung geblüht. Die Sucht wird Sehnsucht, unumkehrliches Verlangen. Der Augenblick naht, wo die Hierarchie der alten Gesellschaft gesprengt wird, wo weder Religion noch Loyalität das Verlangen nach menschenwürdiger Existenz, nach freier Entfaltung des Menschseins zurückhalten vermag. Können Gottesgnadenhum und Kirche im Verein mit der Bourgeoisie nicht Wunder verrichten, dann sind sie in Bälde verloren. Und die Zeit der Wander ist vorbei.

So rettet also die Bourgeoisie weiter ihre „Frömmigkeit“ nach ihre „Loyalität“.

Corrasons l'infame! Vernichten wir die Infame!

Soziale Skizzen aus Deutschland.

Aus einem Sachsen-Altenburgischen Ackerbaudorfe.

Witten im deutschen Reich liegt ein Ländchen, das wohl infolge seines guten Bodens und seiner zweckmäßigen Bewirthschaftung zu den gesegneten Deutschlands gehört. Hier blüht Ackerbau und Viehzucht, und die großen, rings von Gebäuden umgebenen Bauernhöfe lassen auf einen ziemlichen Wohlstand der Eigentümer schließen. Dort verkünden die hohen Schornsteine, daß es an Fabriken nicht mangelt, während die schwarzen, höhlwängigen Arbeiter in der Gegend von Renselwitz den „Segen“ des Bergbaues verrathen. Tiefes Ländchen ist das Herzogthum Sachsen-Altenburg, in dessen Ostkreis man die angeführten Produkte vorzugsweise findet, während aus dem Westkreis alljährlich hunderte von Männern hinaus in die Welt ziehen, ihre in der Heimath gefertigten Spielwaaren, Leitern, Bodenwägen, Rechen u. dergl. an den Rhein zu bringen.

Der heutige Bericht soll die Leser des „Sozialdemokrat“ nun hauptsächlich mit den Verhältnissen der Dorfbewohner des Ostkreises beschäftigen. Wie überall, so ist auch hier Ausbeutung, Bevormundung und Klassenhaß an der Tagesordnung. In vielen der nahe bei einander liegenden Dörfer befindet sich neben den Bauernhöfen noch ein sehr großes Rittergut, dessen Besitzer gleichzeitig Amtsvorsteher, Schiedsrichter und mitunter auch Standesbeamter ist. Diese Rittergutsbesitzer beschäftigen nun einen großen Theil der ganz beschloßen oder mit einem Häuschen versehenen Handarbeiter der Gemeinde, welche im Winter bei täglich 10stündiger Arbeit mit M. 1. 20, im Sommer bei 12stündiger Arbeit mit M. 1. 50 erhalten, während die Frauen, die in sehr großer Zahl auf diesen Gütern beschäftigt sind, sich in derselben Zeit mit 60 bis 70 Pf. begnügen müssen.

Doch kommt es auch häufig vor, daß Familienväter bei den Bauern dreifachen und sonstigen Handarbeit verrichten und einschließlich Kost nur 3-4 Mark wöchentlich erhalten. Die meisten dieser Arbeiter haben sich nun so an ihre gedrückte Lage gewöhnt, daß sie glauben, es sei gar nicht möglich, daß sie jemals ihren rechtmäßigen Antheil an den von ihnen erzeugten Reichthümern genießen könnten; sie denken und wissen nichts, und das Lesen einer Zeitung gehört zu den Seltenheiten. Indes gibt es auch rühmliche Ausnahmen, die Lehren des Sozialismus sind bereits in fast jedes Dorf eingedrungen und zählen selbst Grundbesitzer zu ihren Anhängern.

Allerdings können wir auf einen Wahltag unserer Partei noch nicht hoffen; man bedenke, daß das ganze Herzogthum nur einen Wahlkreis bildet, trotzdem es 150,000 Einwohner hat. Die Bevölkerung besteht aus Abkömmlingen der bis hierher vorgebrungenen und um die alten Ritterburgen, die es hier in großer Zahl gibt, angeerbten Serben-Wenden, und vertheilt sich heute auf 10 Städte und ungefähr 500 Dörfer. Die Zahl der Dorfbewohner ist bedeutend höher als die der Städter, infolgedessen bei ersteren eine sehr energische Agitation nöthig ist. Bis jetzt ist die Agitation immer noch mangelhaft ausgeführt worden, und vermögen die Herren Rittergutsbesitzer auf ihre Lohnsklaven einen noch sehr großen Einfluß auszuüben. Doch die Zeit wird auch hier nicht mehr fern sein, wo sich die Arbeiter, ihrer gedrückten Lage bewußt, und anschlüssen werden, um mit vereinten Kräften die uns vorerhaltenen Gleichberechtigung zu erkämpfen; strahlt doch auch schon der Stern der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit entgegen. Und wenn auch die Herren von der Aristokratie sich alle Mühe geben, den Sendboten der Sozialdemokratie hindernd in den Weg zu treten, so soll uns doch Nichts abhalten, unablässig Propaganda für die sozialistische Arbeiterpartei zu machen.

Die Reben, welcher unser Genosse Stoffe vor einigen Jahren in einzelnen Dörfern unseres Herzogthums gehalten hat, haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die künftigen Wahlen werden zeigen, daß auch wir am Platze sind. Wir werden trotz Ausnahmegericht und Widerstand der Rittergutsbesitzer

den Bauern und Kolnarbeitern die Männer empfehlen, welche die Leiden des Volkes kennen und die Schäden der heutigen ausbeuterischen Gesellschaft aufdecken, welche unerschrocken für das Wohl der arbeitenden Klassen eintreten. Wir werden ihnen sagen, daß sie Beherrscher und Unterdrückte sind, und daß sie Erlösung nur durch die Sozialdemokratie erlangen können.

Aus der Rede des Abgeordneten Geiser über den Reichsetat.

Gehalten am 14. Februar 1883.

(Nach dem stenographischen Bericht.)

Meine Herren, ich hatte den Auftrag, bei der ersten Lesung des Etats den Standpunkt unserer Partei zu vertreten. Ich bin aber daran verhindert worden durch den Schlag der Debatte. Ich bin nun genöthigt, das Versäumte an dieser Stelle nachzuholen. Die Position, die ich dadurch bekommen habe, ist wesentlich veränderte gegen vorher; wir stehen abgemachten Thatsachen gegenüber. Der Etatlamp ist zu Ende, wir wissen, was in demselben gesehelt worden ist. Nun, meine Herren, wenn wir uns das zurückrufen, so finden wir, daß es sich wesentlich darum gehandelt hat, an den Positionen, welche von der Regierung aufgestellt worden sind, soviel wie möglich zu sparen, daran zu sparen u.

Meine Herren, es ist von keiner Seite bestritten worden, daß diejenigen Summen, welche im Etat von der Regierung verlangt worden sind, das deutsche Volk außerordentlich schwer bedrücken, daß sie sehr hoch sind. Es ist von der linken Seite dieses Hauses, welche im wesentlichen den Kampf geführt hat, erklärt worden, es würde sich dabei darum handeln, soviel als möglich zu sparen, und auch aus dem Rintem des Hauses ist mit besonderer Betonung dem beigestimmt worden. Nun, meine Herren, wir sehen jetzt, wie viel im Sparen gesehelt worden ist. Alles in Allem genommen sind, soviel ich weiß, 11 Millionen Mark abgestrichen worden von dem 601 Millionen betragenden Etat. Von den 600 Millionen kommen auf den Kopf der Bevölkerung circa 13 Mark; von dem, was gestrichen worden ist, würde auf den Kopf der Bevölkerung etwa 25 Pfennige kommen, wenn ich mich nicht sehr irre.

Nun, meine Herren, ich weiß nicht, ob das als ein besonders glänzendes Resultat anzuerkennen ist, — ich weiß nicht, ob Sie mit diesem Resultat zufrieden sein können, und ob das deutsche Volk Ursache hat, Ihnen dafür irgendwie erkenntlich zu sein. Ich weiß das um so weniger, als ich mir denke, daß die Regierung sehr wohl darauf vorbereitet war, daß abgestrichen würde von dem Etat, und daß sie angesichts dieser Gewisheit zweifellos Rücksicht genommen hat auf das Streichbedürfniß der linken Seite. Sie hat sicherlich nach verschiedenen Richtungen hin mehr gefordert, als sie ursprünglich brauchte. Im Anschluß an diese Erwägung tritt die Frage auf, ob nicht vielleicht dadurch, daß 11 Millionen Mark gestrichen werden sind, im Ganzen und Großen weniger noch gestrichen worden ist, als worauf sich die Regierung vorbereitet hatte; in jedem Falle aber kann man gewiß sein, daß schließlich doch vornehmstens annähernd bewilligt worden ist, was die Regierung notwendig zu haben glaubte.

Meine Herren, dann ist zu betrachten: wo ist gestrichen worden? um den Werth dieser viele Wochen hindurch andauernden parlamentarischen Thätigkeit sich ganz zu vergegenwärtigen. Es ist viel an Bauten, bei Postgebäuden sowohl als bei Kasernenbauten, abgestrichen worden; entweder sind die Kostensummen für ganze Gebäude, die da errichtet werden sollten, vollständig verweigert worden, oder es sind Theilsummen von dem Gesamtbetrag weggenommen worden. Nun, dabei ist zu berücksichtigen, daß Sie damit Arbeitsgelegenheiten beseitigt, also Gelder gestrichen haben, die wenigstens zum Theil in die Hände des arbeitenden Volks geflossen wären. Es hat also auch aus diesen Gesichtspunkten betrachtet, thätlich das Volk sehr viel weniger Ursache, sich beklagt zu zeigen über das, was bei der Etatsdebatte erreicht worden ist, als hier vielfach angenommen wird.

Freier, meine Herren, ist es denn wirklich eine so hervorragende staatsmännische Beiseit, die darin besteht, nur zu sparen? Ich meine, das Volk hätte viel mehr Ursache, zufrieden zu sein mit dem, was hier gesehelt worden ist, wenn die Regierung zum mindesten in manchen Richtungen hin erheblich mehr gefordert hätte, als sie gefordert hat. Es ist ja allerdings wahr z. B., für das deutsche Reichsheer wird außerordentlich viel gebraucht; aber auf allen Seiten des Hauses werden die Herren mit wenigen Ausnahmen wohl zugeben und der Regierung sogar gern zugeben, daß unter den gegenwärtigen Umständen, wenn man nicht ganz mit den herrschenden Systemen brechen will, wesentlich zu sparen nicht möglich ist. Dagegen, meine ich, wäre dem herrschenden System zum Trotz positives zu leisten sehr wohl möglich. Wir haben z. B. verschiedene Positionen im Etat, auf die anfallend wenig von den Einnahmen des Reichs verwandt wird, und für die das wenige, was gefordert wird, zum Reichstage nicht einmal gern bewilligt wird. Wir haben z. B. die Position des Gesundheitsamtes, die des statistischen Amtes; wir sehen im Etat, daß sehr wenig für wissenschaftliche Zwecke ausgegeben wird u. s. w.

— Darum denkt man nun denn nicht daran, nach diesen Richtungen hin etwas zu leisten? Warum geht der Staat nicht ans Werk, durch Organisation von Gesundheitsämtern über das ganze Land hin, wie das von dem Gesundheitsamt selbst schon vor Jahren empfohlen worden ist, endlich einmal an die Heilung so schwerer Schäden ernstlich heranzutreten? Meine Herren, wenn dem Gesundheitsamt gegenüber, wie hier gesehelt ist, eine so läßliche Haltung bewahrt wird, wenn man sogar Lust zeigt, womöglich die ganze Position zu streichen, wie das von der linken Seite an sich selbst gesehelt wird, — dann drängt man die Regierung doch nicht vorwärts auf dem Wege der Verbesserung der Verhältnisse, unter denen das Volk leidet, das heißt auf dem Wege, der allein zum Heile des Volkes führen kann.

Ebenso geht es mit dem statistischen Amt. Daß die Statistik eine außerordentlich vernachlässigte Wissenschaft ist, wird gleichfalls wohl von keiner Seite bestritten worden. Das ist zunächst zu hören von den Gelehrten der Statistik, von allen Universitäten und statistischen Aemtern. Die Statistik ist eine sehr junge Wissenschaft, sie bedarf nicht nur finanzieller Unterstützung, sondern sie bedarf vor allen Dingen auch wissenschaftlicher Materialien, und dieses wissenschaftliche Material ist nur zu erlangen durch großartige statistische Untersuchungen, die große Bevölkerungsstöße, ja das ganze Volk selbst heranzuziehen müssen zur statistischen Siftthätigkeit, und diese statistische Siftthätigkeit kann wiederum nicht gesehelt werden, ohne daß dafür große Summen Geldes verausgabt werden. Wenn man z. B. an die Lösung der sozialen Frage oder nur an die Vorbereitung zu einer solchen immer mehr auf die Regel breisenden Lösung herantreten will, meine Herren, dann wird man ganz andere statistische Maßregeln ergreifen müssen, als Reichstag und Regierung bisher für ausreichend gehalten haben. Wenn wir richtig urtheilen wollen über die Lage des Volkes, so werden wir uns nicht mit solchen statistischen Erhebungen, wie bisher bei der Volkszählung gesehelt, begnügen dürfen, sondern wir werden die statistischen Untersuchungen auszuweihen haben auf die Wohnungsverhältnisse des Volkes, überhaupt auf alle Lebensverhältnisse des Volkes und bis in alle Details derselben hinein; und das bedarf wiederum Geld, sehr viel mehr Geld, als für statistische Zwecke bisher in die Etats aufgenommen worden ist, viel mehr, als Sie geneigt waren, dafür zu bewilligen.

Es werden außerdem eine ganze Reihe anderer Positionen besser ausgestattet werden müssen, und es wird zu berücksichtigen sein, daß das Reich in den Kreis seiner Kompetenzen eine Reihe von Dingen binnen kurzem wird hineinziehen müssen, welche gleichfalls sehr wesentliche Ausgaben veranlassen. Ich deute nur hin auf das Unterrichts- und auf die Armulast, wenn thätlich geschaffen werden soll u. s. w. Also oesterum oesterum: es muß noch vielen Richtungen hin nicht gespart, sondern mehr ausgegeben werden, als bis heute ausgegeben worden ist. Nun wird wahrscheinlich gefragt werden: wo sollen denn diese Mehrausgaben hergenommen werden? was jetzt gethan wird, brüdt ja schon ganz ungeheuer schwer auf das Volk. — Gewiß, das wissen wir am besten; dieser empfindliche Mangel kommt aber daher, weil man sich bisher bestrbt hat, das Geld hauptsächlich da zu nehmen, wo es nicht zu finden ist, statt daß man es da sucht, wo es thätlich in erheblichen Massen vorhanden ist und zu immer größeren Reichthümern angehäuft wird; da, wo es sehr leicht flüssig gemacht werden könnte für die Zwecke des Staats.

*) Herr Riquel war zu Anfang der fünfziger Jahre neben Marx und Engels Mitglied des Kommunistenbundes, und sind noch recht interessante Briefe von ihm aus jener Zeit in London vorhanden. Der Kommunistenbund hat überhaupt dem deutschen Reich verschiedene Oberbürgermeister gesehelt, so neben Riquel den verstorbenen Oberbürgermeister von Mainz, Bellau, und den jetzigen Oberbürgermeister von Köln, Dr. Becker (der „rote Becker“ genannt), Exierer wie Riquel Mitglied des Herrenhauses.

**) Das „kleine Vermögen“ des damaligen Junkers Bismarck ist mittlerweile zu einem Vermögen des Fürsten Bismarck von ca. 30 Millionen angeschwollen.

Meine Herren, es ist sehr oft von der äußersten linken Seite und speziell von uns vorgebracht worden die Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer. Es ist aber meines Wissens, wenigstens hier im Hause, noch keine Detailberechnung gegeben worden, wie viel wohl durch eine solche progressive Einkommensteuer, die nicht allzusehr die wohlhabenden Kreise des Volkes belastet, mehr eingebracht werden könnte, als bis heute durch Einkommensteuer aufgebracht worden ist. Nun, meine Herren, ich habe eine derartige Berechnung angefertigt, mit deren Details ich Sie selbstverständlich nicht befehlen will, deren Grundzüge ich aber mir hier anjedenfalls erlaube. Wenn wir bei der klassierten Einkommensteuer von der Grundlage ausgehen, welche die preussische Regierung selbst angenommen hat, nämlich davon, daß ein Einkommen von über 3000 Mark mit 3 Prozent besteuert wird, wenn wir dann den Prozentsatz steigern lassen — natürlich muß eine progressive Einkommensteuer notwendig bis zu einem hohen Prozentsatz hinaufgehen — z. B., wie ich für sehr gut thunlich erachte, bis auf 50 Prozent des Einkommens in der höchsten Steuerstufe, so würde, falls wir die höchste Steuerstufe z. B. beginnen lassen bei dem Einkommen über 72,000 Mark, bei der Berechnung, die ich entworfen habe, und die ich jeden Augenblick vorlegen kann, in Preußen bei der klassierten Einkommensteuer allein eine Mehreinnahme zu erzielen sein von 120 Millionen Mark.

Das, meine Herren, ist in knapp bemessenen Grundzügen das, was ich zur dritten Lesung des Etats anführen wollte. Es ist selbstverständlich, daß wir im Großen und Ganzen überhaupt gegen den Etat stimmen werden, und zwar nicht etwa deswegen, weil wir meinen, daß der heutige Staat überhaupt wesentlich geringere Ausgaben machen könnte, sondern weil wir meinen, daß das System, nach welchem die Einnahmen verwendet werden, so gerartet ist, daß es mit den Interessen des Volkes nicht übereinstimmt; aber die Interessen des Volkes sind — und das unterscheidet uns ganz wesentlich von den anderen Herren, die auf der linken Seite dieses Hauses sitzen — nicht so sehr im Sparen zu suchen und immer nur im Sparen, bei dem doch nichts herauskommt, als ein Schlag ins Wasser, sondern vielmehr in höherer Anwendung für alle die Zweige der Staatstätigkeit, welche auf die Gesamtlage des Volkes, vor allen Dingen des niederen Volkes, günstig zu wirken im Stande sind. Wenn nach diesen Richtungen die Regierung mehr verlangt und damit dem Volke auch mehr gewährt als bisher, so wird sie, gerade so wie es bei der Position des Gesundheitsamts der Fall war, finden, daß wir ebenso entschieden, als wir jetzt immer wieder gegen den gesammten Etat stimmen, für alle die Positionen, welche wir als vereinbar erkennen mit einer wahrhaft der Volkswohlfahrt dienenden Politik, eintreten und im Volke dafür wirken werden.

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 28. Februar 1883.

— Festgefahren. Trotz aller süßen Liebesbetreibungen, die der protestantische Papst in Berlin und der katholische Papst in Rom seit einiger Zeit wieder austauschen und zur Erbauung der „misera contribuens plebs“ — auf Deutsch: der dummen Steuerzahler — veröffentlichten, hat es im preussischen Landtage vor Kurzem wieder ganz gehörig geknallt. Aber o weh! nicht mehr erditen die begehrtesten Kulturpunkte der Baumberger, Hängel und Konforten, kein Vermögenssprang der Regierung zu Hilfe, mit stiller Schadenfreude saßen diese Herren da und überließen es den Regierungsvertretern, auf die Akten Bismarck's, Schölerer's u. z. zu antworten. Darob große Wuth im Reichstagsparlament, welcher die biederer „Norddeutsche Allgemeine“ denn auch Tags darauf in folgendem köstlichen Wuthschrei Ausdruck gab:

„In den erregten Debatten über den Kulturbau, welche jetzt schon mehrere Tage währen, haben die liberalen Parteien eine auffällige Zurückgezogenheit beobachtet. Unseres Erachtens muß die Regierung aus diesem Schweigen notwendig schließen, daß sie in dem Streit zwischen dem Staat und der Kirche nicht mehr in dem Maße wie früher auf die Unterstützung der liberalen Parteien rechnen könnte, und sie wird sich deshalb vielleicht (?) veranlaßt fühlen, gegen die päpstlichen Wünsche nachgiebiger zu sein, als es bisher der Fall war.“

Welch Du was, Leser? Der „große“ Staatsmann, der sich einbildete, die sämtlichen großen Parteien in der Tasche zu haben, hat sich so gründlich schiefgefahren, daß er jetzt bei den von ihm am weitesten gehofften am Schluss betreten muß. Denn die Drohung, daß die preussische Regierung der päpstlichen eventuell mehr Nachgiebigkeit zeigen werde als bisher, ist natürlich nur das Wesentliche, daß es für sie heißt: Der Dien muß! Die Zentrumsfraction oder vielmehr die Zentrumswähler wollen von Bismarck's politisch-politischen Passionen nichts wissen, Bismarck aber will und kann auf diese nicht verzichten — wo bliebe auch Preußen ohne Polizeiherrschafft! — denn wenn er es könnte, dann brauchte er überhaupt keinen „Frieden mit Rom.“ So sitzt der „geniale Staatsmann“ jetzt in der Klemme fest, und wenn die Liberalen diesmal ihrem Namen Ehre zu machen versuchen, oder wenn sie nur keine Fehlfuß sind, dann rächen sie sich gründlich für das bekannte A. u. D. - W. a. u. D. - D. u. D. und lassen ihren treulosen Freund jappeln, bis er — „a ni e t s i.“ Die Freiheit, sowohl die politische wie die religiöse, würde dabei nicht zu kurz kommen.

— Eine moralische Hinrichtung, so schreibt man uns unter dem 21. Februar aus Kärnten, wurde heute im Sitzungssaal des hiesigen Landgerichts vollzogen, eine Prozedur, die wegen der Person des Delinquenten für die Leser des „Sozialdemokrat“ ein ganz besonderes Interesse haben wird. Der Delinquent war nämlich der factum bekannte, unqualifizierbare „nationalliberale“ Agitator Sparig aus Leipzig-Kadmitz. Man wird sich erinnern, daß im Frühling des vorigen Jahres im „Sozialdemokrat“ und verschiedenen deutschen Zeitungen berichtet wurde, der genannte unqualifizierbare Herr habe eine Proskriptionsliste mit den Namen von 200—300 prononzierten Sozialdemokraten aus Leipzig und Umgegend entworfen und dem Ministerium eingereicht. Herr Sparig, der sich in der Illusion wiegte, der Wahrheitsbeweis könne nicht gegen ihn erbracht werden, hatte die Sitze, drei deutsche Zeitungen, welche die betreffende Rotiz veröffentlicht hatten, zu verlagern: die „Frankfurter Zeitung“, die „Frankfurter Tagespost“ und die „Leipziger Bürgerzeitung“ — und da der Wahrheitsbeweis in der That an gewissen Gründen noch nicht zu erbringen war, gelang es dem unqualifizierbaren Herrn auch, in allen Fällen Verurteilung zu erwirken und von der „Frankfurter Tagespost“ und „Leipziger Bürgerzeitung“ sich sogar ganz hübsche Entschuldigungsformeln als Schmerzenspflaster für die angelich geschädigte (Sparig'sche!) Ehre zu erpressen. Wenigstens ein erklaunliches Erkenntnis in diesem Sinne.

Allein man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Das erfährt Herr Sparig! Die „Frankfurter Zeitung“, welche die Proskriptionslisten-Affäre als eine sozialdemokratische Angelegenheit betrachtete, ließ es zwar, da sie in ihrer komischen Sozialisten- und Polizeiangst mit peinlicher Sympathie Alles vermeidet, was sie in den Verdacht sozialdemokratischer Sympathie bringen könnte, beim ersten Urtheil bewenden und zahlte süßes Strafe und Kosten, die beiden anderen verurteilten Blätter ergriffen aber Refuse, und — siehe da, das nötige Beweismaterial wurde beschafft. Der „Kollege“ des Sparig, welchem die Proskriptionsliste von diesem gezeigt worden war, und zwar unter charakteristischen Versicherungen, der Branddirektor Weigand aus Chemnitz, erklärte sich bereit, Zeugnis abzugeben; an Zeugen, welche die Person und Thätigkeit des Sparig in's richtige Licht stellen konnten, schickte es nicht, und so war Alles klar zum Gefecht.

Die Appellverhandlung gegen die „Leipziger Bürgerzeitung“ sollte ursprünglich am 17. d. stattfinden, wurde aber auf Antrag des Redakteurs Petri vertagt, weil dieser die Vernehmung des Kreishauptmanns

und des Amtshauptmanns von Leipzig bezüglich der denunziatorischen Praktiken des Sparig forderte. Die Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ hätte nun auch Vernehmung erlangen können, allein sie wünschte den möglichst raschen Austrag der Sache, und der Anfangs auf den morgigen Tag (22. d. M.) anberaumte Appelltermin wurde sogar am einen Tag zurückgeschoben (auf heute). Die Verhandlungen begannen um 1/2 Uhr vor geschlossenen Zuhörerbänken. Als Zeugen für die Verteidigung waren Branddirektor Weigand und Liebknecht erschienen. Sparig, der sich (wohl um zu beweisen, daß ihm jedes Schamgefühl fremd) persönlich einfand, war sichtlich betroffen, als er die Zeugen erblickte. Und die Aussagen der Zeugen waren derartig, daß seine Unbegreiflichkeit von Minute zu Minute wuchs, und er schließlich dasah wie ein begoffener Pudel. Die Aussagen waren auch vernichtend. Die Liste hat existirt, es war eine Proskriptionsliste, und sie war von Sparig entworfen in der aus gesprochenen Absicht der Mittheilung an die Behörden. Herr Weigand begnügte sich nicht mit bloßen Behauptungen — er verlas eine Anzahl eigenhändiger Briefe des Sparig, welche an dessen Schuld keinen Zweifel lassen, und obendrein den Beweis liefern, daß er seinen „Kollegen“ an der Abgabe des Zeugnisses verhindern wollte.

Der Einwand war niederschmetternd. Das Zeugnis Weigand's wurde durch Liebknecht ergänzt, der — auf Befragen des Präsidenten und des Verteidigers — ein wahrheitsgetreues Bild des sich den Augschweiß von der Stirne wischenden Delinquenten gab, verschiedene „Streiche“ desselben erzählte, ihn mit dem „größten Schimpf“ und Schandblatte Deutschlands, dem „Leipziger Tageblatt“, und dessen Hauptmitarbeiter, dem Postpöbel Leoschardt in Verbindung brachte, Hand in Hand mit Hödel aufmarschiren ließ — kurz, ihn als einen Menschen schilderte, der von der eigenen Partei nur wegen der von ihm geleisteten schmutzigen Arbeit gehalten wird und die Verachtung jedes ehrlichen und anständigen Menschen verdient.

Der Anwalt Sparig's wußte nicht Anderes zu sagen, als daß die inkriminierte Rotiz seinen Klienten beschuldige, die Liste eingereicht zu haben, und das sei nicht erwiesen; außerdem sei es keine „Proskriptionsliste“ gewesen, sondern — der famose Organisationsplan, welcher in den Notizen zur Beschuldigung des Belagerungszustandes und in mehreren Reden des Herrn von Rositz-Wallwitz eine Rolle spielte — allein die Absurdität dieser Andrede wurde sofort von Liebknecht nachgewiesen. Herr Sparig, der zum Schluß Einiges zu seiner Entlastung sagen wollte, verschnappte sich zum Gaudium der Zuhörer dermaßen, daß er zuletzt eines der kompromittirtesten Fakten: die Herstellung der Wahlscheit aus gefranztem, leicht erkennbarem und unnaahmlichen Papier ausdrücklich eingestand.

Der formell Angeklagte (in Wirklichkeit war es der Sparig) Löwenstein, Redakteur der „Tagespost“, sprach nach der Rede seines Anwaltes Cronacher nur ein paar Worte, aber es waren kräftige Worte: „Hätte ich, als ich den Artikel aufnahm, Alles gewußt, was ich jetzt weiß, so hätte ich nicht ein, nein, ich hätte hundert und tausend Pfund hingeworfen.“ (Der inkriminierten, aus der „Frankfurter Zeitung“ abgedruckten Rotiz war nämlich von ihm ein redaktionelles Pfund beigelegt, was von der Auflage als besonders erschwerender Umstand bezeichnet worden war.)

Das Erkenntnis soll erst in 8 Tagen gefällt werden. Wie immer es lauten möge — eine Verurteilung wegen einfacher Beleidigung ist nach deutschem Gesetz auch trotz des gelungenen Beweises der Wahrheit nicht ausgeschlossen — soviel steht fest: Sparig ist gerichtet und hingerichtet, und der ritterliche Rositz-Wallwitz kann sich zu seinen Agenten gratuliren. Reusch sein Berichterstatter Schmidt als Fälscher und Betrüger zu vierjährigem Zuchthaus verurtheilt, heute sein Schützling Sparig als Denunziant, Lump und Vagabond moralisch zum Tode verurtheilt — Sie haben Glück, Herr v. Rositz-Wallwitz!

Und wenn nun gar noch herauskommen sollte, daß der Sparig die Proskriptionsliste doch eingereicht hat — wie dann, Herr von Rositz?

— Nach oben kriechen, nach unten brutal — diese Maxime aller Knechtsgeelen ist das Motto fast aller kleinstaatlichen Regierungen Deutschlands geworden. Je tiefer sie vor Preußen in den Staub sinken, um so brutaler benehmen sie sich „zu Hause“. Allen voran die Regierung des „Königreichs“ Sachsen, die, Preußen gegenüber absolut willenlos, sich nur da als „Herr im Lande“ zeigt, wo es zu unbedränglichen und zu schützlichen gibt.

Einen neuen Beweis kleinlich gehässiger Bedientenraube liefert ihr Verhalten in der Angelegenheit unseres jüngst verstorbenen Genossen Künzel. Dieser hat bekanntlich seine Witwe mit drei unermöglichten Kindern und der Aussicht auf ein vieries im Zustand völliger Mittellosigkeit hinterlassen. Der Witwe und den Kindern Mante aber, wie uns aus Leipzig geschrieben wird, ein ganz hübsches Einkommen gesichert werden, wenn die von Künzel geerbte und zu hoher Würde gebrachte „Reichsgerichtskorrespondenz“ als Eigentum der Familie im Interesse derselben sorgfältig würde. Dies ginge nun ganz leicht, wenn der jüngere Künzel, der vorigen Sommer unter den bekannten standesmäßigen Umständen von Leipzig ausgewiesen wurde, die Erlaubnis zur Rückkehr erzielte. Der jüngere Künzel ist gleichfalls ein sehr tüchtiger Stenograph, und hat seinem verstorbenen Bruder bei Gründung der „Reichsgerichtskorrespondenz“ wesentliche Dienste geleistet, auch längere Zeit bei der Redaktion geholfen und ihn wiederholt vor dem Reichsgericht vertreten. Kurz, er ist nach jeder Richtung eine geeignete Persönlichkeit. Wofür: er wachte sich auf den dringenden Wunsch seiner unglücklichen Schwägerin an die Reichsanwaltschaft mit dem Gesuch, ihm die Rückkehr nach Leipzig zu erlauben. Allein er veräumte es, zu Kreuze zu kriechen und seine Grundzüge zu verweigern; sein Gesuch wurde abschlägig beschieden. Die arme Witwe mag mit ihren Kindern verhungern, oder das Stabtalmothen erbetteln!

Um die ganze „Moral der Geschichte“ zu erfassen, muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß der jüngere Künzel auf Grund einer Anschuldigung ausgewiesen ward, deren Grundlosigkeit durch die Leipziger Richterprüche festgestellt worden ist. Was es schon ein freivolles Attentat auf Recht und Gerechtigkeit, daß der Ausweisungsbefehl sofort nach Fällung des letztinstanzlichen Urtheils als etwas selbstverständliches zurückgenommen wurde — um wie viel schmachvoller und verbrecherischer erscheint dieses Attentat, wenn man erwägt, daß es unter solchen Umständen, angesichts einer verarmten Witwe und unversorgten Waisen, Monate nachher mit kalter Ueberlegung noch formell sanktionirt und gewissermaßen wiederholt worden ist. Das ist die vielgerühmte „sächsische Gemüthlichkeit“.

— Preussisches aus Baden. Aus Pforzheim, 9. Februar, wird uns geschrieben: Im badischen Lande ist bekanntlich die Polizei noch weit preussischer, d. h. schärflicher als in Preußen selbst. Gestern hat sich nun die hiesige „Obrigkeits“ wieder einmal große „Vorbeurtheilungen“. Bei drei hiesigen Bürgern kamen die die öffentliche Sicherheit gefährdenden Organe angetroffen, um „Hausdurchsuchung zu thun“. Gesucht wurde selbstverständlich nach verbotenen Schriften, gefunden aber nichts. Da die mit diesem offiziellen Hausfriedensbruch Bedachten als Sozialdemokraten nicht bekannt sind, so kann nur eine der hier an der Tagesordnung befindlichen Poststieberereien die Veranlassung dazu gegeben haben. Vor einigen Wochen kamen nämlich hier Briefkouriers, in denen sich Zeitungen befanden, zerrissen an, so daß deren Inhalt ganz gut „gepöbel“ werden konnte. Einer der Adressaten erhob gegen diese „Bücherei“ Beschwerde zur Postdirektion und die Antwort hierauf waren — die Hausdurchsuchung! Solche erbärmliche Wäldele Dienste leistet die hiesige Post — ist sie ja doch eine Reichsinstitution! — der Polizei hiers. So wurde seinerzeit dem Genossen Dittus ein Brief 3 Wochen lang vom Amtsgericht gehalten, an das er gleichfalls aus „Befälligkeit“ abgeliefert worden war. Als D. den Brief endlich verlangte,

wurde der Brief verweigert, bis endlich der Postdirektor so weit gebracht wurde, schriftlich die Erklärung abzugeben, daß der Brief in der That an das Amtsgericht abgeliefert sei — notabene, ohne daß über Dittus gerichtliche Briefsperrverhängung war! Als nun die Herren Briefdiebe zur Verantwortung gezogen werden sollten, da bis kein Staatsanwalt an und die ganze Geschichte wurde für ein „Berechnen“ erklärt. Natürlich! Doch darf man sich über derartige Vorkommnisse hier nicht wundern, denn der höchste hiesige Beamte ist zugleich auch der schlechteste, und es war lange Zeit ortsüblich, daß die Polizei alles Mögliche that. So wurde einem Parteigenossen von einem Kriminalhauptmann Holz geklopft; ein anderer Kriminalpolizist that einen Schwartenmagen (das Schwartenmagenfleisch war früher bloß bei den Würzburger Polizeidienern Usus) u. s. w.

Als diese Art von Eigentümberbehaltung gar zu blamabel wurde und zum gerichtlichen Austrage kommen sollte, so mandirte der Stadtdirektor einfach eine Anzahl Schupsteine zu M. Reinold, der natürlich auch geleistet wurde — denn wozu wäre der Reinold sonst auch da, als um geschworen zu werden? — und die Sache war abgethan! Und als dann die sauberen Werkzeugen wegen Reinolds befangen werden sollten, bedeutete man von „höherer“ Seite dem Staatsanwalt, daß der Prozeß sehr unerwünscht sei, und verzehte den Beamten.

Wie Sie sehen, existirt hier eine solche Untiefe von Schusterei, natürlich von Oben sich auf die unteren übertragend, daß Einem ein förmliches Grausen ankommt, wenn man all' Das schildern soll. Und dies sind die Stützen unserer „Ordnung“, „Sittlichkeit“, „Moral“ u. s. w. — ganz à la Puttkamer, Radai und Kompagnie.

Nachherade dürfte man aber doch auch in Pforzheim eingesehen haben, daß mit solchen Wemlichkeiten eine edle, gerechte Sache nicht besetzt werden kann. Und sollte diese Ueberzeugung wirklich noch nicht ganz zum Durchbruch gekommen sein, so wollen wir schon dafür sorgen, daß es recht bald geschieht.

— Auf verschiedene Anfragen sei hiermit geantwortet, daß die Wahl im vierten Berliner Reichstagswahlkreis, wo Bebel nur mit wenigen Stimmen gegen den Fortschrittler Träger unterlag, von der Wahlprüfungskommission, trotz wiederholten Drängens von Seiten unserer Abgeordneten, in Folge der Erkennung des Referenten noch nicht erledigt ist. Es ist aber das positive Versprechen gegeben worden, daß die Sache nach Oskars auf's Schnellste erledigt und erforderlichen Falles ein anderer Referent ernannt werden soll. Kann auch, wie unsere Leser bekannt, nicht auf unmittelbare Kassierung der Wahl Träger's und einfache Proklamierung der Wahl Bebel's erkannt werden (weil die Zahl der ungerechtfertigten Weise annullirten Stimmzetteln mit dem Namen Bebel's nicht ausreicht), so unterliegt doch, da auch andere Unregelmäßigkeiten in dem Wahlproteste gerügt sind, die Beanstandung der Wahl nicht dem mindesten Zweifel.

Dasselbe gilt von der Wahl im Leipziger Landkreis und im Dresdener Landkreis, deren Beanstandung bald nach Wiederbeginn der Sitzungen vom Reichstag ausgesprochen werden wird. Daß die Wahlprüfungen sich so in die Länge ziehen, ist übrigens nicht die Schuld der Wahlprüfungskommission, welche durchaus kein Tadel trifft, sondern der Mangelhaftigkeit des ganzen, früher bereits von uns gekennzeichneten Verfahrens. Von unseren Abgeordneten wird noch in dieser Session ein auf Reform des Wahlgesetzes hinzielender Antrag eingebracht werden, der außer der Forderung von Stimmzetteln-Souveränität, Vereinfachung des Wahltages auf einen Sonn- oder Feiertag u. a. auch die Bestimmung enthalten wird, daß der Reichstag spätestens 6 Wochen nach seinem ersten Zusammentritt alle Mandate geprüft haben muß, und daß die anzustellenden Erörterungen in Fällen der Beanstandung derart zu beschleunigen sind, daß die endgültige Beschlußfassung über Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl spätestens 6 Wochen nach angesprochener Beanstandung erfolgen kann. Auf diese Weise würde schon in der ersten Session — die Plinimumdauer einer Session ist doch wohl 3 Monate — die Mandatprüfungsarbeit vollendet und könnten vor Beginn der zweiten Session schon die nöthigen Neuwahlen vorgenommen werden — während nach der jetzigen Praxis die Wahlprüfung wesentlich nur einen formalen Werth hat und auf eine unwürdige Farce hinausläuft.

— Noch einmal die „Frankfurter Zeitung“. Aus dem „Sozialdemokrat“ ersehe ich, schreibt uns einer unserer Abgeordneten, daß die „Frankfurter Zeitung“ in einer Reichstagskorrespondenz, oder einem Reichstagstelegramm, die Unversämtheit gehabt hat, gelegentlich einer der Abstimmungen über den Militäretat vom Fehlen verschiedener sozialdemokratischer Abgeordneten in nöthiger gehässiger Weise zu reden. Die betreffende Rotiz rührt von Herrn Sonnemann selbst her und ist für diesen Herrn um so charakteristischer, als er unmittelbar nach der fraglichen Abstimmung, und noch ehe er seine Korrespondenz (oder Telegramm) abgeschickt, auf eine impertinente Bemerkung hin, in sehr deutlicher, wenn auch (verdienstlos) nicht gerade höflicher Weise belehrt worden, daß er sich geirrt hatte, und daß die Abgeordneten, welche seiner Behauptung nach gefehlt haben sollten, zum Essen in die dem Reichstag gegenüberliegende Restauration gegangen, aber, verabredetermaßen im entscheidenden Moment benachrichtigt, rechtzeitig zur Abstimmung erschienen waren. Herr Sonnemann hat also wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt, um der Sozialdemokratie, die ihm in Frankfurt gefährlich zu werden beginnt, etwas am Zeuge zu thun.

Dieser Vorgang steht nicht vereinzelt da; es können auf Wunsch andere, ebenso kleinliche und standeslose Beispiele angeführt werden.

— Der Kirche muß Recht geschehen! So sagte der Pastor der Gemeinde Lesum zu einem armen Bahnwärter, der mit seinem krieglichen Lohne sechs Kinder zu ernähren hatte, als diesem zwei derselben gestorben waren und der betrißene Vater den Herrn Pastor um Erlaubnis der Beerdigung bat. „Es geht nicht, die Kirche muß ihr Recht haben!“ Der Todtengräber verzichtete auf seine Gebühren, aber der Herr Pastor mußte sein Geld haben.

Ein anderer Fall religiöser Rücksichtnahme passirte in dem unweit Lesum gelegenen Städtchen Blumenthal an der Weser. Der Herr Pastor Müller hatte ein Paar zu trauen. Als er der Braut ansichtig wurde (die Trauung geschah in einem Privathause), schlug derselben den Kranz vom Kopfe und zerriss ihn. Und der Bräutigam? Nun, der sah zu, anstatt dem Beleidigten seiner Frau eine gebührende Tracht Prügel zu verabsolgen.

Nur so weiter, Ihr Herren! Das Volk ist zwar sehr dumm, aber schließliche dürfte es doch einsehen, welche unwürdige Rolle es vor dem „Altar Gottes“ spielt, wo angeblich alle Menschen gleich sein sollen. Auch da heißt es: hier reich — hier arm! Einem reichen Mädchen gegenüber hätte sich der Pfaffe eine derartige Unverschämtheit nicht erlaubt. Die Moral von der Geschichte ist demnach: Der Standesbeamte verheiratet keine Braut- und „Jungferncränge“ und der Kirche muß ihr Recht geschehen — also weggeblieben!

— Polizeipolitisch. In Erfurt wurde am 20. Februar Mittags Genosse B., als er in seine Wohnung trat, von zwei Geheimpolizisten empfangen, die ihn erwarteten und diesmal eine „gründliche“ Durchsuchung nach verbotenen Schriften vornehmen wollten. Hauptächlich wurde nach der Broschüre: „Die deutsche Geheimpolizei“ gefahndet. Gefunden wurde außer einigen laufenden Nummern des „Sozialdemokrat“ nichts. Für das Verbrecher-Album reißt sich dabei, schreibt man uns aus Erfurt, der Spiegel Böhmstedt benommen haben, der dort als brutaler Schut erster Klasse bekannt ist.

In Berlin, in Glatzbadamer bei Krenberg, in Rünchen, in Limbach bei Chemnitz und an vielen anderen Orten

Deutschlands sind Versammlungen, in denen die Arbeitstüchtigkeit, der Normalarbeitstag und dergleichen besprochen werden sollte, verboten worden. Warum? Darum!

Zur Oppenheimer-Affäre. Da eine von Herrn Moses Oppenheimer über seine Züchtigung durch Genosse Fischer veranlaßte Notiz der „Neuen Zürcher Zeitung“ die Kunde durch die gutgesinnte deutsche Presse macht, so setzen wir uns veranlaßt, hier die gleichfalls in der „N. Z. Ztg.“ erschienene Gegenerklärung Fischers mitzutheilen.

Dieselbe lautet: „Sie bringen in Ihrer gestrigen Nummer die Nachricht, daß Herr Moses Oppenheimer von sechs Sozialdemokraten, unter Anführung des Seiners Richard Fischer und des Buchbinders Karl Manz angefaßt und blutig geschlagen worden sei. Zur Verichtigung dieser Behauptung und Widerlegung der daraus gefolgerten Folgerungen, bitte ich Sie, Folgendem Aufnahme zu gewähren: „Herr Oppenheimer, seit einigen Jahren in Dienst und Lohn der sozialdemokratischen Partei, hat am Samstag unter Ironisirung der Partei ausgerufen, daß er an dem antisemitischen Stöcker'schen Reichsbote einen Artikel über Verhältnisse und Personen der deutschen sozialistischen Partei geschrieben und an die „Kimmat“ und andere Blätter zum Wiederabdruck gesandt habe, der von Unwahrheiten und Entstellungen strotze. Am Montag Abend, als ich mit mehreren Freunden nach Hause ging, begegnete uns zufällig Oppenheimer, aber nur ich allein bemerkte ihn. So sehr ich nun Gegner der jeden Mann insamernden Prügelstrafe bin, so wird doch jeder Parteimann begreifen, daß mir beim Anblick des Mannes, der um ein paar Groschen Honorar willen von hier aus sicherem Versteck die Partei und deren unter den heutigen Press- und Polizeiverhältnissen in Deutschland doppelt mehrfachen Vertreter verächtlich und verleumdet, der Jora die Faust ballte, und ich ihm die Züchtigung erteilte, die meiner Ansicht nach der Verräther verdient.“

„Es ist wahr, ich habe ihn geschlagen, ich werde auch die eventuellen Folgen tragen; aber unwar — wenn auch eine optische Täuschung in solchen Augenblicke seitens des Herrn Oppenheimer leicht begreiflich — ist es, daß wir zu Sachsen über einen Mann hergefallen; an einem solchen Akt der Feigheit würde ich nie theilnehmen. Denn auch der Buchbinder Manz hat, nachdem ich Herrn Oppenheimer angerufen und meine Begleiter nichts obhand weitergegangen, aus ähnllichem Impulse diesen einen Augenblick an den Haaren gefaßt. Die Ehre, einen Verräther an der Partei, deren Grundsätze ich voll und ganz ergehen bin, geschlagen zu haben, beanspruche ich in diesem Falle für mich allein.“

Richard Fischer, Schriftfeger.“ Von verschiedenen Stätten der früheren Thätigkeit Oppenheimer's, namentlich aus Barmen-Eibersfeld, sind übrigens bereits Zustimmungsschreiben in dieser gebührenden Abfertigung des Verräthers eingelaufen.

Italien. Die Noth unter der Landbevölkerung ist eine entsetzliche; an verschiedenen Orten, so namentlich im Venezianischen, haben förmliche Aufstände stattgefunden. Das Landvolk zog vor die Gemeindevorstände und verlangte sühnlich „Brod und Arbeit.“ Die alle Bourgeoisregierungen, so hat auch die italienische zunächst nur eine Antwort auf diesen Ruf: Verhaftungen und Absendung von Militär „zur Ruhehaltung.“ Wo sollte sie auch Hilfe für die ausgehungerten Landbewohner hernehmen? Viel wichtiger ist ja die Vermehrung der Panzerschiffe und die Einstellung neuer Regimenter. In dieser Beziehung hat Preußen in Europa „Schule“ gemacht.

Ein Opfer der Verfolgungen. Carlo Casiero, der ehemalige italienische Anarchist, der sich aber in den letzten Jahren mehr zu der Taktik der Sozialdemokratie hinneigte, ist infolge der brutalen Behandlung, welcher die italienische Regierung ihn im vorigen Jahre unterwarf, nach einem hitzigen Nervenleiden nunmehr vollständig für die Bewegung verloren. Sein Geist ist unmadet; und der äußerlich begabte Mann, der sein mehrere Hunderttausende betragendes Vermögen vollständig für die Sache der sozialen Revolution hingepflegt hat in einem Irrenhause untergebracht werden mußten. Casiero war mit einer Russin verheiratet; seine Frau befindet sich in — Sibirien.

Welch' ein charakteristisches Bild unserer Zeit!

Spanien. Fast noch mehr als in Italien scheint in Spanien der Hunger seine revoltirende Stimme zu erheben. In ganz Andalusien gährt es. Die Regierung „entdeckt“ massenhaft anarchische Versammlungen, dem die Wuthausbrüche des verzweifeltsten Volkes sind ja nach der bekannten Polizeilogik immer nur auf anarchische u. Agitationen zurückzuführen. Schade nur, daß trotz aller Verhaftungen diese „Agitationen“ kein Ende nehmen wollen.

Das spanische Volk hat die Herrlichkeit des Königthums von Gottes Gnaden gründlich satt bekommen. Die republikanische Bewegung gewinnt täglich mehr an Kraft, und die Arbeiterbewegung, die natürlich in sich republikanisch ist, wächst gleichfalls in erfreulichem Maße.

Aus England. Newcastle, 23. Februar. Für diesmal ist der Arbeiterkandidat dem Geldsack — im wörtlichen Sinne — unterlegen, und zwar noch ehe die eigentliche Schlacht geschlagen wurde. Was man wo anders durch brutale Gewalt vergeblich zu erreichen sucht, gelingt in diesem kassischen Lande der politischen Heuchelei durch den viel wirksameren Druck des Geldes.

Reminiscenz herrscht völlige Freiheit: die Presse ohne jede Zensur, kein Einmischen der Polizei in Versammlungen; aber wie im Reiche Fuchs heißt es: „Der hirschen kann, für den wird Rath, Weh' dem, der nichts im Sack hat!“

Es besteht hier nämlich die schone Einrichtung, daß die Kandidaten außer ihren persönlichen Unkosten für Versammlungskosten, Flugblätter u. s. w. auch noch nach für die Ausgabeln anzufordern haben, welche sonst dem Gemeindefiskus zufallen, wie z. B. Rechte für die verschiedenen Wahlschritte, Anstellung von Beamten an den Urnen, Druckkosten für Bekanntmachungen, Wählerlisten u. s. m.

Für diese sogenannten legalen Kosten ist eine gewisse Summe vor der Wahl zu hinterlegen, und zwar am Tage der sogenannten Nominations, an welchem die Kandidaten offiziell festgesetzt werden. Die gesagte Summe hier ist 700 Pfd. Stg. (14,000 Mk.), und richtig, der Stadt-Schritt verlangte 600 Pfd. Stg., was heißt, da im Ganzen drei Bewerber austraten, für jeden 4400 Mark.

Was für den Liberalen und Konservativen Spielerei, war für den Arbeiter eine Unmöglichkeit, und so mußte man denn die Kandidatur fallen lassen.

Da die Wahl auf Grund der alten Listen stattfinden sollte, was die Kosten bedeutend verringert, hatte das Arbeiterkomitee sich auf höchstens 100 Pfd. Stg. gefaßt. Es herrsche denn auch unter den Arbeitern eine ziemliche Erbitterung, da wohl leicht einzusehen ist, daß diese ganz unverhältnismäßige Forderung ein schames Mandat war, die lästige Arbeiterkandidatur ohne Sang und Klang zu begraben.

Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ohne sich entmuthigen zu lassen, haben die Arbeiter sofort eine Liga für Arbeiterwahl gegründet, und bei der nächsten Gelegenheit werden sie wieder und alsdann wohlgerüstet den Kampf aufnehmen.

Trotz des unglücklichen Ausgangs ist das Vorgehen der Newcastle Arbeiter von höchster Bedeutung für England. Man hat auch von den beschränkten Führern der Trades-Unions im Stich gelassen werden, so ließen doch von allen Seiten, und namentlich von London, so viele Zustimmungsschreiben ein, daß man sich der berechtigten Hoffnung hingeben darf, daß die englischen Arbeiter endlich anfangen werden, sich von der Normandung durch die liberale Partei zu befreien.

Korrespondenzen.

Stollberg (in Sachsen), 25. Januar. Zum Verbrecher-Klub. Wenn man die Reden und Schriften unserer Konservativen über die Frage: „Was ist zu thun, um der herrschenden Arbeitlosigkeit zu begegnen?“ genau durchliest, so wird uns als letzte Weisheit dieser Herren immer das Eine Wort entgegen: Prügel! Prügel sind das beste Rezept gegen alle soziale Schäden. Das ist nun echt russische Kautentkultur, wie ja überhaupt die konservative Partei in ihren Konsequenzen neben der religiösen Heuchelei alle Keime der Verrohung der Massen in sich trägt.

Einer der verschlagensten Führer unserer sächsischen Konservativen ist der Minister v. Köpitz-Wallwitz. Kein Wunder daher, wenn wir in Sachsen die Prügelstrafe, z. B. in Kerkerhäusern, schon haben. So kam in diesen Tagen ein Handwerksbursche — also ein Opfer unserer traurigen Verhältnisse — „per Schuß“ in seinen Heimathort Stollberg, wurde im Amtsgericht alda inhaftirt und vom Gerichtsamts-Wachtmeister und Gefangenenführer Graubner verurtheilt, wobei sich der Handwerksbursche bis auf die Haut entleiden mußte. Bei dieser Bistation titulierte der Gefangenenführer Graubner den Handwerksburschen mehrmals „Bogabund“; der aber protestirte gegen diese Bezeichnung und erklärte ruhig, er sei kein Bogabund, sondern nur arbeitlos. Nach Graubner's Logik wäre dessen Vater in S. auch Bogabund, er habe diesen erst vor Kurzem mit 20 Pfg. unterschlagen. Diese unerwartete Sprache versetzte den Graubner in die äußerste Wuth, er ergriff den bereitgestellten Stock und schlug mit aller Gewalt an den nackten Körper des „schreien Bogabunden“ los. Der Wachtmeister stand daneben und billigte diese brutale Mißhandlung.

Der Handwerksbursche wurde nach einigen Tagen wieder entlassen und trat auf dem Wege nach Jahnndorf drei alte Bekannte, denen er seinen mit Blutunterlaufenen Striemen bedeckten Körper zeigte. Bitterer Groll im Herzen, mußte er weiter, denn Arbeit hatte er nicht gefunden.

Es ist nun nicht das erste Mal, daß dieser Graubner arme Handwerksburschen mit dem Stock traktirt; würde aber ein so untergeordneter Beamter wohl solche Brutalität wagen, wenn er nicht wüßte, daß sein Verhalten nach Oben hin Billigung findet?

Und nun wollen wir uns den Herrn Graubner einmal näher betrachten: Unter den ärmlichsten Verhältnissen erzogen, war er, ehe er zum Militär kam, der ehrlichen Arbeit keineswegs ungethan; darum fand er es später für einträglich, nach Oben hin zu schmarozen. Von Bildung ist natürlich keine Rede bei ihm, desto größer seine — Einbildung. Seine Frau — ein ganz eierloses Weibsbild — mußte sich der Kerl aus dem Gefängnis holen, um nicht unethischer Handlungen wegen, die er mit dieser Person im Gefängnis getrieben, selbst in's Gefängnis spazieren zu müssen.

Wir glauben daher, daß diesem rohen Kämmler im „Sozialdemokrat“ ein „Gedenkstein“ an richtiger Stelle einzuräumen ist.

München, Jahreswende 1882/83. Ein schweres Jahr ist es, das wir hinter uns haben. Der Anfang des Jahres brachte uns die Verhaftung von 18 unserer besten Genossen und damit eine samere Last. Wir darften die ihrer Ernährer berandten Familien nicht verlassen. Aber die Münchner haben sich wacker gehalten. Im Jahre 1882 waren wir genöthigt, 2088 Mk. zu verausgaben, und von dieser Summe wurden in München allein 1688 Mark von den Sozialdemokraten aufgebracht, gewiß eine ansehnliche Leistung von Seiten, die selbst nicht viel haben und von allen Seiten in Anspruch genommen werden; den Rest sandten uns brave Genossen. Zur Zeit brummen noch sechs unserer Freunde im Landeshergesängniß zu Nürnberg, zwei Monate müssen sie noch der blinden Justiz als Sühne widmen, dann kehren auch sie wieder heim zu neuen Thronen unserer löblichen Polizei. Diese hat übrigens neuerdings an ihrem Hochmuth einen bedenklichen Dämpfer erhalten; wir meinen die Bewandlung der letzten hiesigen Reichstagswahl, allwo sich unsere Hermandad allzu selbstlos norderhöchsten benommen hatte. — Die politische Thätigkeit der hiesigen Arbeiterkreise lag ebenso wie in den paar früheren Jahren, so auch im letzten Jahre, ganz darnieder. Auch das gewerkschaftliche Leben ist so ziemlich erloschen. Die Polizei hat selbst Krankenkassen gegenüber ungläubliche Dinge geleistet; in Folge dessen verloren die Beheiligten den Muth und alle Organisation ging in Trümmern.

Neuerdings versuchten einige Kassenvorstände vermittelst einer Petition an den Reichstag um Ablehnung des Krankenkassengesetzes die Starre zu brechen; sie erzielten wohl einigen Erfolg, aber doch nicht genügend. Als jedoch jüngst der hiesige demokratische Volksverein eine von gut 1000 Personen besuchte Versammlung eintrieb, in der neben dem Volks-partischer auch die Genossen Grillenberger und Bierck hier über die Arbeitstüchtigkeit sprachen, regte es sich lebhaft in den Kreisen der hiesigen Arbeiter; sie scheinen endlich aus ihrer bisherigen Theilnahmslosigkeit herauszutreten und sich wenigstens an den volkswirtschaftlichen Fragen unserer Zeit betheiligen zu wollen. Es ist aber auch Zeit, denn der bisherige Stumpfheit war geradezu jämlichbringend. Hoffentlich wird auch die Remwahl nicht ohne Einfluß bleiben, und namentlich den hiesigen Genossen neuen Muth und das Bewußtsein bringen, daß ein brauchbares scheidendes Schwert nie rostend in der Scheide stehen darf. Genossen, sammelt Euch und vereinigt Eure Kräfte! Denn einen laßigen Streik bringt uns das Jahr 1883.

Aus Dvid's Metamorphosen.*)

Es sieht ein Schneider ein Gewand für eine Majestät, Und wie er's hält in seiner Hand Und in die Falten späht: O Wunder, Wunder! was schaut heraus? Eine Laus, eine Laus, eine königliche Laus.

Der Schneider klappt vor Freud' empor, Sieht sie mit Wollust an, Und holt sein Messer flugs hervor, Und ach! was macht er dann? O Wunder, Wunder! er spaltet sie, Spaltet sie, spaltet sie, dieses königliche Vieh.

„Die eine Hälfte bleibt mir Von dieser königlichen Laus, Es stekt soviel Wut in ihr, Ein Fürst wird wohl noch drauß.“ O Wunder, Wunder! er speißt sie geschwind, Und er wird, und er wird, wird ein fürnehm Fürstentum.

Da fragen die Gesellen ihn: „Was aber kriegen wir?“ „Die andre Hälfte ist euch verlickt; Das ist genug für vier.“ O Wunder, Wunder! aus der halben Laus Kommen noch, kommen noch fürstlich Gecken wohl heraus.“

Der Verbrüder sah sich Alles an: „Herr Meister, sagt mir jetzt, Herr, sehe ich, kriegt Jedermann, Was krieg ich denn jetzt?“ O Leck, Leck das Messer rein, Und Du wirst, und Du wirst 'n schlechter Edelmann noch sein!“

Heinrich Hoffmann v. Fallersleben. („Anpolitische Lieder“ (Hamburg).

*) Auch dieses prächtige Gedicht bildet einen charakteristischen Beitrag zum Drama von der „sozialen“ Bourgeoisie. Vor 40 Jahren, als die Bourgeoisie noch radikal war, schrieb Hoffmann von Fallersleben ihr „aus der Seele“. Heute lesen ihre erleuchteten Geister mit Wollust „das Messer rein“. Und da leugne Einer noch den Fortschritt!

Offene Anfrage

an die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Nachdem dem meisten Lokalsäcker berichtet, daß bei dem Antrage Bismarck's betreffend Dankesvotum für den Kaiser sich sämmtliche Abgeordnete von ihren Sitzen erhoben hätten, erlauben sich mehrere die Frage, wie sich dieses Verhalten mit der politischen Ehre der sozialdemokratischen Abgeordneten vereinbart? Fürth. R. Sch. L. N.

Auf die offene anonyme Anfrage eine offene anonyme Antwort Keiner hat sich erhoben.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter: L. Anonymus.

Warnung.

Vor dem aus Berlin ausgewiesenen Bildhauer Blouf wird hiermit dringend gewarnt. Nach übereinstimmenden Berichten aus Berlin, Dresden und Leipzig hat Blouf dort das Kupfern des sozialdemokratischen Betriebes, und liegen Anzeichen vor, daß er auch politisch nicht sauber ist.

Friedrich Bogensig, Cigarrenarbeiter in Newyork, wird ersucht, seinem Bruder eine Nachricht von sich zukommen zu lassen und seine Adresse mitzutheilen.

R. Bogensig, Schriftfeger, Altenburg (S.-A.), Rumpfgasse 17.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Briefkasten

der Redaktion: H. Pinze in New-York: Wir haben Ihr „Eingekandt“ nicht ausgenommen, weil eine derartige „Ermahnung“ leicht mißverstanden werden könnte. Haben Sie nur Vertrauen zu unseren Berliner Parteigenossen; dieselben werden sicherlich Alles anbieten in den damaligen Fehler zu verfallen. Die Verhältnisse haben sich inzwischen ganz wesentlich geklärt.

der Expedition: X3: Nr. 30, — a. Gto. Ab. erh. Bj. erwartet. B. L. Nr. 2, — i. Schft. erh. Die Adresse Herter ist längst erloschen, ebenso Obris-Steiner. — H. J.: Nr. 1, 50 f. 10 Expl. Nr. 8 erh. — Radam London: Bl. v. 22/2. u. Nr. 12, erh. u. gutgebr. In Nr. 9 Nr. 116, — hat Nr. 126, — quittirt. Druckfehler. — F. R. Paris: Seit Nr. 2 bereits Nicht mehr abgef. 1 dünnes folgt. — Grachus W.: Nr. 22. u. 23. hier. Gemüthliches kommt. — Blig: Gut. Der Tausch wird gemacht. — Eintracht: Besl. folgt. — R.: Gesundheits, Polizei, Nachwächter und Furchtsig mühten die teuflichen Blätter sammeln? Haben hoffentlich vom vergeblichen Bilden „rote Nafen“ davongetragen. — R. London: L. vorgemerkt. Weiteres wird besorgt. — Rother Franz: Für R. H. keine Aussicht. In betr. Branche auch hier „Holland in Roth“. Höchster Verdienst laum Nr. 12, — Durchschnitt pro Woche und Massenangebot von Arbeiterinnen u. obenbrein. — B. IV.: Diff. Gef. dort i. jeder Woch. B. folgt. — W. D. Lanjanne: R. ab 3 besorgt. F. ab 9. Preis Nr. 3, — pr. Quartal. Weiteres wie sonst für Sie abgg. — Victoria: Erste Bdg. am 19/2. Bf. am 20. abgef. desgl. Fortf. laufend. Bald antworten! — R. f. H.: Welche wird eingehalten. Bf. am 23. geantw. Adv. geordnet. — Album: Der „Jahrlangstliche“ bringt scheint die Hand nicht mehr aus der Tasche. Nachr. v. 22. u. 23. am 27. u. 28. beanw. — Unigenitus: Alles besorgt. lt. Bf. v. 27/2. — Bayr. Hiesel: Die 20 sind unterwegs. In Obggh. wünscht Jemand 16 von der Sorte. — atore: Nachr. v. 16. und 19. erh. Sch.'s Adr. leider unbekannt. Wollen versuchen anderseits abzuwinken zu lassen. — L. P. Paris: „Entwidig.“ noch nicht versandfertig. — Ferd.: Bf. v. 22. erh. — Waeburger Haide: Fondsquitt. kommt. Weiteres besorgt und gut. — Rother Greis: Wahrscheinl. durch Zwischenhand verknobelt. Weiteres vorgemerkt. — Hippocrates: Kniffel. erh. u. entspr. gebucht. Alles fort. Ertrag unendlich. Betr. Weirags einverhanden und gemeldet. Bezugsscheine d. F. unbekannt. Weiteres u. Wunsch. — Robert Blum: Nr. 4, — Gto. Antike. gutgebracht. Abrechung glatt. — Nordlicht: Nr. 31/70 Ab. u. Schft. erh. R. dem. nicht neu. — H. R. Genj: Nr. 45, — Ab. 1. Ou. u. Nr. 10, — für Mark an R. erh. u. besorgt. — Kilian: Nr. 40, 80 Ab. 1. Ou. erh. Mehrbesl. u. notirt. — Jernsburg: Nr. 20, — P. Strg. dem Agids. bds. jugew. — F. R. Hull: Nr. 5, — Ab. 1. Ou. u. Schft. erh. Wird schon noch werden. — Dr. E. J. Sp.: Nr. 12, — Ab. pr. 1883 erh. — Schorfe: Nr. 185, — a. Gto. Ab. u. erh. — Pfeil B.: Nr. 65, 65 Ab. 1. Ou. baar und in Grgung. erh. Mehrbesl. u. Nachfr. soweit mögl. Weiteres notirt. — Der alte Rothe: Nr. 24, 40 a. Gto. Ab. 1. Ou. u. Schft. erh. Weiteres geeigneten Ortes dargelegt und vorgem. — Nr. 548: Strdt. längst vergriffen. Weiteres kommt. Adv. geordnet. — R. W.: Nr. 2, — dem Agids. bds. jugew. desgl. Nr. 1, — Heidesheim. Alles besorgt. — A. B. Bern: Nr. 50, 50 Ab. 1. Ou. Nr. 22, 50 Druckkonto u. Nr. 10, — f. Sch. an R. erh. und besorgt. Dtg. veranlaßt. — R. H. Verillon: Nr. 2, — Ab. 1. Ou. erh. — Bät: Nr. 1, 50 f. Du. Schft. u. d. B. erh. — a. d. Eider: Nr. 40, 20 a. Gto. Ab. 1. Ou. erh. Bf. am 27/2. geantw. — Heinrich: Nr. 16, 50 Ab. 1. Ou. erh. u. Nr. 10, — d. Ubs. bds. jugew. L. benachrichtigt. — Badener: Nr. 70, — a. Gto. Ab. u. Schft. erh. — Schitbesl. folgt. Weiteres veranlaßt. — Sch. H. D.: Nr. 4, 40 Ab. 1. Ou. erh. — H. Berl. Frbg.: Nr. 2, — f. Schft. erh. — Titelfrige: Nr. 3, — a. Gto. Ab. Weiteres nach Einzug durch G. Adv. F. geordnet. Erf. 6 folgt. — Khaseruo: Nr. 12, — Ab. 3. u. 4. Ou. 82 R. u. J. erh. — F. Bloch: Alles besorgt. — Grachus H.: Besl. u. notirt. Roth, wenn möglich. — A. S. Basel: Nr. 15, — Ab. 1. u. 2. Ou. 2 Expl. L. erh. — Heims Ducida: Nr. 17, 50 l. Kate dem „Konferenzfonds“ bds. zu Grunde gelegt. Nr. 12, 50 a. L. bekündigt. — Lijag. franz. nicht mehr zu schaffen. H. B. ist allerdings der „poetische“ Vater mit dem blutigen Pinsel. Grähet — J.: Nr. 6, — Ab. 1. Ou. erh. Ueber Einzelabonnenten „wegen Verbreitung Auflage und Briefspurre“ zu verhängen, haben Rabai u. Co. stets das Bedürfnis, wenn sie sich noch lange nicht genug blamirt haben. — Rother Holländer: Nr. —, 60 gutgebr. Zwangsabonnenten u. solcher Benefizvorstellung erhielten außer Jhnen u. Nachbar J. — wie Sie sehr — noch mehrere hochgeschätzte Personen. Erf. folgt. — A. L. B.: Ihre Abonnenten warten mit großer Spannung aufs Blatt? Wir auf's Weid. Bitte, grüßen Sie den Rollenmarkt pränun erando von uns und den Andern, die auch warten mußten. — Herrn. Dähner u. Gen. Pylabellphia: 10 Doff. dem Agids. bds. jugew. — Otto Bettner Orde.: Nr. —, 70 Ab. März 1 Expl. u. Nr. 2, — Ab. 8. März bis Ende Mai u. Nr. 1, 30 pr. Ubs. bds. erh.

Zürich. Samstag, den 3. März, Abends 8 Uhr, im Café Kessler: Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten. Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road. Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten. Der Vorstand.

Schweizerische Sozialdemokratische Central-Comité, Zürich.